

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner



Anzeiger

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: Bei Abholung 14 täglich 1.— RM., frei Haus 1.10 RM. einschl. 12 bez. 16 Pf.
Trägerlohn. Postbezug monatl. 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer

täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 6 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Geschäftsstelle: Nur Adolf-Hitler-Straße 2 — Fernruf nur 551.

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn
Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Kamenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz sowie des Finanzamtes zu Kamenz

Nr. 286

Donnerstag, 5. Dezember 1940

92. Jahrgang

Landwirtschaftliche Vereinbarungen mit Italien

Langfristige Planung — Intensivierung des Warenaustausches

Der Austausch landwirtschaftlicher Erzeugnisse zwischen Deutschland und Italien, insbesondere die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse Italiens nach Deutschland, hat sich in den letzten Jahren erfreulich entwickelt. Trotzdem trägt dieser Warenaustausch weder den Belangen der italienischen Landwirtschaft noch den Bedürfnissen des deutschen Marktes in dem höchstmöglichen Maß Rechnung. Um dieses gewünschte Ziel in möglichst kurzer Zeit zu erreichen, haben nunmehr die Landwirtschaftsminister beider Länder, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft R. Walther Darré und der königlich italienische Minister für Landwirtschaft und Forsten Professor Dr. Tassinari, gemeinsame Richtlinien aufgestellt, nach denen in Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ministern die Zusammenarbeit auf landwirtschaftlichem Gebiet intensiviert und vertieft werden soll.

Nach diesen Richtlinien sollen die italienischen Erzeuger in die Lage versetzt werden, sich auf Grund eines langfristigen Erzeugungsprogramms mehr und besser als bisher auf die Erzeugnisse des deutschen Marktes einzustellen. Zu diesem Zweck hatten es die beiden Landwirtschaftsminister für angebracht, daß den italienischen Erzeugern die Sicherheit des Absatzes zu angemessenen, für sie auskömmlichen, möglichst stabilen Preisen gegeben wird. Die Einwirkungen des spekultativen Weltmarktes auf den deutsch-italienischen Austausch landwirtschaftlicher Erzeugnisse sollen zum Vorteil beider Länder ausgeschlossen werden. In den Richtlinien wird weiter festgestellt, daß Deutschland bei der Frage der Einfuhr aus Italien auch seine Beziehungen zu anderen Ländern berücksichtigen muß, insbesondere auch um durch geeignete Abmachungen mit diesen Ländern nach Möglichkeit sicherzustellen, daß der einen Seite die deutsche landwirtschaftliche Erzeugung auf ihrem Absatz auf dem deutschen Markt keine Schädigungen erleidet und daß auf der anderen Seite die Einfuhr aus Italien nicht durch die Einfuhr aus dritten Ländern in der Weise beeinträchtigt wird, daß die italienischen Erzeuger unzureichende Preise erhalten. Neben diesen allgemeinen Grundgedanken für die Zusammenarbeit haben die Minister auch besondere Richtlinien für die Zusammenarbeit auf den verschiedensten Spezialgebieten der Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Versuchswesens, der Bekämpfung von Pflanzen- und Tierkrankheiten, der Erzeugung

von Saatgut, der Viehzucht, der Konservierung von Gartenbau-Erzeugnissen und des Landeskulturwesens festgelegt. Die Durchführung der Vereinbarung zwischen den beiden Landwirtschaftsministern wird in bereits in Angriff genommenen Erörterungen der Sachverständigen und im engsten Einvernehmen und mit Zustimmung der beiderseitigen zur Regelung der handelspolitischen Beziehungen bereits bestehenden Regierungsausschüsse erfolgen.

Der Sinn der neuen deutsch-italienischen Vereinbarung ist, den deutsch-italienischen landwirtschaftlichen Warenaustausch so zu gestalten, daß etwaige noch bestehende Schwierigkeiten völlig aus dem Wege geschafft werden. Vor allem sollen die italienischen Erzeuger in die Lage versetzt werden, auf Grund eines langfristigen Erzeugungsprogramms sich mehr und besser als bisher auf die Erzeugnisse des deutschen Marktes einzustellen. Zu diesem Zweck werden den italienischen Erzeugern die Sicherheit des Absatzes und stabile Preise gewährleistet. Die besonderen Bedürfnisse des deutschen Marktes werden hinsichtlich Art und Güte der Einfuhrwaren nach Möglichkeit berücksichtigt, damit Deutschland die italienische Erzeugung in dem gewünschten Ausmaß aufnehmen kann. Dabei sollen selbstverständlich bestehende deutsche landwirtschaftliche Abkommen mit anderen Ländern nicht geschädigt werden. Die Durchführung des deutsch-italienischen Abkommens gibt die Grundlage für den erwünschten Ausbau des deutsch-italienischen Warenaustausches auf landwirtschaftlichem Gebiet.

Durch beiderseitige Regierungsausschüsse wird besonders die Einfuhr von Obst, Gemüse und Süßfrüchten geregelt werden, um eine ungünstige Preisgestaltung für das Einfuhrland zu verhindern, während Deutschlands Wunsch dahin erfüllt wird, daß es während des ganzen Teiles des Jahres mit Gemüse und Obst, wenn auch vielleicht in zubereiteter Form, versorgt wird. Das vorgesehene Programm kann jedoch durch Sachverständigenbesprechungen erweitert werden und die tatsächliche Durchführung des Abkommens wird den Volkswirtschaften beider Länder große Vorteile bringen. Das Abkommen ist ein Stück weiter auf dem Wege zu einer immer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands und Italiens.

sich darum, diese Entwicklung aufzuhalten und die Araber auf seine Seite zu ziehen durch die Verbreitung der Behauptung, die Achsenmächte hätten die Absicht, die arabischen Länder zu besetzen und zu behalten. Um dieser böswilligen Propaganda entgegenzutreten und die arabischen Länder über die deutsche Politik ihnen gegenüber aufzuklären, hat die deutsche Regierung durch den Rundfunk in arabischer Sprache folgende Erklärung verbreiten lassen:

„Deutschland, das stets von Gefühlen der Freundschaft für die Araber erfüllt war und den Wunsch hegt, daß sie gedeihen und glücklich werden und den ihrer historischen und natürlichen Bedeutung entsprechenden Platz unter den Völkern der Erde einnehmen, hat seit jeher den Kampf der arabischen Länder zur Erlangung ihrer Unabhängigkeit mit Interesse verfolgt. Die arabischen Länder können auch weiter bei ihrem Bestreben, dieses Ziel zu erreichen, auf die volle Sympathie Deutschlands rechnen. Bei Abgabe dieser Erklärung befindet sich Deutschland in voller Übereinstimmung mit dem verbündeten Italien.“

Verfügungsgewalt und Besitz

Ordnung der Grundstücksverhältnisse von Volksdeutschen in den neuen Reichsgebieten des Ostens

Der ehemalige polnische Staat hat mittels mehrerer Maßnahmen den Grundbesitzerverwerb durch Volksdeutsche verhindert. Infolgedessen liegen sich die Volksdeutschen häufig in verschiedensten Rechtsformen die tatsächliche Verfügung über das Grundstück geben, dessen Erwerb zum Eigentum ihnen die polnischen staatlichen Methoden verweigert. Um die Mißstände, die sich daraus ergaben, zu beseitigen und klare, gesicherte Eigentumsverhältnisse herzustellen, hat der Reichsführer 44. Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums eine Regelung getroffen.

Deutsche Volkzugehörige, die am 1. September 1939 die tatsächliche Verfügungsgewalt über ein in den eingegliederten Ostgebieten liegendes Grundstück hatten, sind Antrag alsbald das Eigentum an diesem Grundstück zu erlangen; sollen, wenn sie glaubhaft machen, daß ihr Besitzverwerb auf der ernstlichen Absicht eines endgültigen Grundstücksverwerbs beruht.

Umsiedlungsgut der Baltendeutschen

Umsiedler aus Estland oder Lettland, die ihr Umsiedlungsgut bisher nicht erhalten haben, werden aufgefordert, sich sofort in die Baltendeutsche Gepäckstelle in Göttingen, Adolf-Hitler-Platz 15, zu wenden. Der Antrag muß bis zum 31. Dezember 1940 gestellt werden, damit die Beförderung des Gepäcks sichergestellt werden kann.

Rumänien verstaatlicht die Delleitungen

Auf Anordnung der rumänischen Regierung ist fortan nur noch der Staat dazu berechtigt, Erdölleitungen zu errichten und auszubenten. Gleichzeitig gehen alle schon bestehenden Delleitungen samt dem dazu gehörenden Pumpen, Behältern, Einrichtungen, Gebäuden und Werkzeugen, die zum Betrieb notwendig sind, in das Eigentum des rumänischen Staates über. Delleitungen, die innerhalb von 15 Tagen nicht angemeldet werden, fallen ohne jede Entschädigung dem Staat zu.

3 Millionen BRZ. Verluste zugegeben

Was aber alles nicht mitgerechnet wird

Die britische Propaganda gab bisher nur Verluste der englischen und „alliierten“ Handelsflotte in Höhe von zweieinhalb Millionen BRZ. zu. Nun wird noch bekannt, daß in dieser Zahl die Einbußen der belgischen und holländischen Handelsflotte, die unter britischer Kontrolle sind, nicht enthalten waren. Unter Hinzurechnung dieser Ausfälle wird jetzt ein Gesamtbetrag von über drei Millionen BRZ. bereits zugegeben, jedoch geben diese Ziffern, wie der britische Rundfunk hinzufügt, „kein klares Bild“, denn außerdem wurden noch viele Schiffe mit einer Tonnage von 5000 bis 6000 BRZ., die den Kern der britischen Handelsflotte darstellen, jeuntauglich gemacht.

Es ist bekannt, daß britischerseits in die Verlustziffern die Tonnage der verlorenen Hilfskreuzer und Hilfschiffe, die der Handelsflotte entzogen wurden und der Admiralität unterstellt sind, nicht eingerechnet wird, da sie als Kriegsschiffe zählen. Bei der Knappheit an Schiffstaum fallen natürlich auch die sehr erheblichen Ausfälle ins Gewicht, die durch Zusammenstöße im Geleitzugdienst und durch Seeräuber aller Art entstehen. Aus zahlreichen Äußerungen maßgebender britischer Stellen geht hervor, daß die Schiffstaumnot gewaltig ist.

Ungarns Stellung zu Deutschland

Teleki vor dem Abgeordnetenhaus

Bei Abschluß der Ermächtigungsaussprache des Abgeordnetenhaus hielt Ministerpräsident Graf Teleki eine lange Rede. Außenpolitisch unterstrich Teleki Ungarns Freundschaft und die tief fundierte, die tief fundierte, die tief fundierte Außenpolitik habe die zur Achse, die tief fundiert sei. Ungarns Außenpolitik habe die zur Achse, die tief fundiert sei. Ungarns Außenpolitik habe die zur Achse, die tief fundiert sei.

Die Rückführung der Ungarn aus dem Ausland werde von der Regierung ernstlich betrieben. Im weiteren befaßte sich der Ministerpräsident mit den psychologischen Voraussetzungen der Einigung Ungarns in das neue Europa. Das innere Verhältniß der Magyaren zu Deutschland sei am stärksten ausgeprägt, was auf das jahrhundertelange Zusammenleben zurückzuführen sei, was auf das jahrhundertelange Zusammenleben zurückzuführen sei, was auf das jahrhundertelange Zusammenleben zurückzuführen sei.

Die Jugendfrage, so meinte Teleki, werde nur im Rahmen einer einheitlichen europäischen Ordnung gelöst werden können. Über auch bis dahin müßte in Ungarn eine Lösung für die annähernd eine Million Juden angehende Frage im Interesse der Nation gefunden werden.

Zum deutsch-ungarischen Minderheitenvertrag betonte Teleki, daß Ungarn ihn unterschrieben habe und ihn daher einhalten werde. Es gebe Leute, die behaupten, Ungarn nehme den Vertrag nicht ernst. Diese seien Heher, die das enge und naturgegebene Verhältnis zwischen Deutschland und Ungarn zu untergraben trachteten.

Dann behandelte Teleki ausführlich die verschiedenen Probleme der inneren Regierungsbearbeitung.

Sicherheit und Unabhängigkeit

Die Ziele der bulgarischen Außenpolitik

Der bulgarische Außenminister Popoff sprach im So-braun über die bulgarische Außenpolitik. Er kam u. a. auch auf den Besuch König Boris' beim Führer zu sprechen und erklärte, daß diese Begegnung noch einmal die freundschaftlichen Beziehungen Bulgariens zu Deutschland und

die Sympathie des bulgarischen Volkes zu seinem großen Führer hervorgehoben habe.

Einleitend stellte der Außenminister fest, daß die Regierung ihrer Politik treu bleiben werde, deren Ziele es seien, dem bulgarischen Volke den Frieden zu sichern und die Sicherheit und Unabhängigkeit sowie die Rechte und Lebensinteressen des Landes zu wahren.

Der Minister hob sodann die Bedeutung der Rückkehr der Südboldrubtscha hervor, für die das bulgarische Volk seine tiefe Dankbarkeit den Achsenmächten gegenüber betonte. Dieses für Bulgarien große Ereignis habe die freundschaftlichen Beziehungen zu den beiden Großmächten noch verstärkt. Die friedliche Lösung der Dardanelenfrage durch den Vertrag von Krayowa sei beispielhaft für die Neuordnung Europas, die von den Achsenmächten im Geiste der Gerechtigkeit angestrebt werde, und an der mitzuarbeiten Bulgarien stets bereit sei. In der Rückgewinnung der Südboldrubtscha erblicke Bulgarien die Möglichkeit einer neuen Ära in den Beziehungen zwischen Bulgarien und Rumänien.

Nachdem Außenminister Popoff auf die glückliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Bulgarien und der Sowjetunion hingewiesen hatte, sprach er die Hoffnung aus, daß sich die Beziehungen zu Jugoslawien weiterhin festigen und zur Annäherung der beiden Brüdervölker führen möge. Die Beziehungen Bulgariens zur Türkei entwickelten sich im Geiste des zwischen beiden Ländern bestehenden Freundschafts- und Neutralitätsvertrages.

Sympathie für den arabischen Freiheitskampf

Erklärung der deutschen Regierung an die arabischen Länder.

In Übereinstimmung mit dem verbündeten Italien. England, das mit zunehmender Sorge sieht, daß die Sympathien der von ihm unterdrückten arabischen Länder sich immer mehr den Achsenmächten zuwenden, von denen sie die Befreiung von der enalischen Gewalttätigkeit erhoffen, bemüht

